

86.240

**Parlamentarische Initiative
(Eggli-Winterthur)**

Artikel 325 OR. Aenderung

Initiative parlementaire

(Eggli-Winterthur)

Article 325 CO. Révision

Wortlaut der Initiative vom 10. Dezember 1986

Der heutige Artikel 325 OR wird aufgehoben und an dessen Stelle folgender neuer Artikel 325 OR geschaffen:

Art. 325 OR (neu)

Die Abtretung oder Verpfändung künftiger Lohnforderungen ist unzulässig.

Texte de l'initiative du 10 décembre 1986

L'actuel article 325 CO est abrogé et remplacé par le nouvel article 325 CO suivant:

Art. 325 CO (nouveau)

Un salaire futur ne peut être cédé ni mis en gage.

Herr **Stucky** unterbreitet im Namen der Petitions- und Gewährleistungskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Die Petitions- und Gewährleistungskommission befasste sich am 3. September mit der parlamentarischen Initiative. Sie gab dem Initianten, der nicht Mitglied der Kommission ist, Gelegenheit, sich zu seinem Vorstoss zu äussern (Art. 21 quinquies des Geschäftsverkehrsgesetzes).

Der Initiant begründet seinen Vorstoss wie folgt (Zusammenfassung):

Der Ständerat hat in der Wintersession 1986 in der Schlussabstimmung das Konsumkreditgesetz abgelehnt. Damit wurde unter anderen wichtigen sozialen Postulaten auch das Verbot der Lohnzession abgelehnt.

Meine parlamentarische Initiative hat zum Ziel, dieses Verbot durch die Revision der entsprechenden Bestimmung des Obligationenrechts gesetzlich zu verankern. Dabei geht es mir vor allem darum, Lohnzessionen bei Abzahlungs- und Kleinkreditgeschäften zu verbieten. Die Not, zu welcher die Aufnahme von – oft mehreren – Kleinkrediten führen kann, ist bekannt: Hohe Zinsen und Lohnzessionen führen immer wieder dazu, dass Einzelpersonen oder Familien ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können und auf die staatliche Sozialhilfe angewiesen sind. Diese hat dann mit hohem finanziellem und personellem Aufwand für die Wohnung und den täglichen Bedarf der Betroffenen sowie für die Sanierung der Schulden zu sorgen.

Die Erfahrung wird immer wieder gemacht, dass Kleinkredite leichtfertig, d. h. ohne genügende Abklärungen über die Bonität des Schuldners, gewährt werden. Deshalb sahen Bundesrat und Nationalrat eine gesetzliche Regelung des Kleinkreditwesens im Konsumkreditgesetz vor. Unter dem Druck der entsprechenden Vorschläge ging der Verband Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute eine Konvention ein. Er gab nach dem Scheitern des Konsumkreditgesetzes im Ständerat der Presse folgende Erklärung ab:

«Die schweizerischen Konsumkreditinstitute erachten den Entscheid des Ständerates als eine verbindliche Verpflichtung zur Wahrnehmung ihrer geschäftsspezifisch bedingten, erhöhten sozialpolitischen Verantwortung. Um die wesentlichsten, vom Gesetzgeber ursprünglich angestrebten Sozialpostulate zu verwirklichen, unterziehen sich alle massgebenden schweizerischen Konsumkreditanbieter folgenden freiwilligen Einschränkungen, die im Rahmen einer Konvention der Schweizerischen Bankiervereinigung festgehalten und überwacht werden und sich bekanntlich bereits seit einigen Jahren bewähren:

Die Konsumkreditinstitute verzichten auf die Vereinbarung von Lohnzessionen in Konsumkreditverträgen.

Die Konsumkreditinstitute verwenden ausschliesslich Normverträge, die den Konsumentenschutzanliegen nach vollständiger Konsumenteninformation gerecht werden. Diese Verträge informieren den Kreditnehmer u.a. über die Kreditkosten in Franken und Jahresprozenten.

Die Konsumkreditinstitute verpflichten sich zu folgenden Einschränkungen ihrer Werbung:

– Der Umfang der Pressewerbung wird auf dem Stand des Jahres 1980 eingefroren. Die bankengesetzlichen Revisionsstellen prüfen die Einhaltung dieses Budgets.

– Häufigkeit des Erscheinens und Grösse der Inserate in Tageszeitungen und Zeitschriften sind limitiert.

– Die Konsumkreditinstitute verzichten auf Direktwerbungen mittels adressierter oder nicht adressierter Werbefbriefe oder Drucksachen an Personen, die in keinem Kontakt zur Bank stehen.

– Die Konsumkreditinstitute verzichten auf jegliche Werbung an Fernsehen und Radio.

Es entspricht ferner der erwerbswirtschaftlichen Orientierung der Konsumkreditinstitute, eine auf Risikominimierung ausgerichtete Kreditpolitik zu verfolgen. Zu diesem Zweck, aber vor allem auch aufgrund ihres sozialpolitischen Auftrags verpflichten sich die Konsumkreditinstitute zur Sorgfalt in der Kreditgewährung, indem sie mit Respekt vor der Konsumentenpersönlichkeit umfangreiche Abklärungen zur wirtschaftlichen und persönlichen Situation der Kreditsuchenden treffen und Kredite gewähren, die in angemessenem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Konsumenten stehen.»

Dazu ist folgendes zu bemerken:

Ende 1985 bestand dieser Verband aus 32 Instituten, 3 Institute sind in der Zwischenzeit ausgetreten. Im Tessin ist z. B. kein einziges Institut Mitglied dieses Verbandes, aber auch zahlreiche Kleinkreditinstitute aus anderen Landesteilen sind dem Verband nicht beigetreten. Die Aufnahme von Kleinkrediten mit Lohnzession findet heute daher noch täglich statt. Auch haben Kreditsuchende, denen eine abschlägige Antwort erteilt worden ist, die Möglichkeit, auf ein anderes Institut auszuweichen. Im übrigen weisen auch die in vielen Zeitungen erscheinenden Inserate daraufhin, dass heute noch, trotz der Konvention des Verbandes Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute vom Jahre 1981, Kleinkreditverträge mit Lohnzessionen abgeschlossen werden.

Meine Initiative will die Lohnzession bei Kreditgeschäften verbieten. Nach der heutigen Regelung in Artikel 325 OR gilt die Beschränkung auf pfandbare Lohnforderungen jedoch nicht für familienrechtliche Verpflichtungen. Ob diese Beschränkung beibehalten werden soll oder nicht wird sich – falls Kommission und Rat meiner Initiative Folge geben – bei der materiellen Beratung dieses Vorstosses zeigen.

Die Lohnzession stellt auch eine Diskriminierung den übrigen Gläubigern gegenüber dar, denn sie gibt Anspruch auf eine 100-Prozent-Befriedigung.

Das Verbot der Lohnzession hat im übrigen bereits beim Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung Eingang gefunden.

2. In einer allgemeinen Aussprache stellte die Kommission fest, dass sie dem Grundgedanken der parlamentarischen Initiative zustimmen kann.

Sie erachtet jedoch den Initiativtext als zu absolut: Insbesondere hinsichtlich des zweiten Absatzes von Artikel 325 OR, der die familienrechtlichen Verpflichtungen zum Gegenstand hat, machte sie daher gewisse Vorbehalte. Nach einer ersten Prüfung neigt sie zur Auffassung, dass diese Forderungen sowie deren Verpfändung im Gesetz weiterhin eine Sonderstellung behalten sollen. Diese Frage und jene einer eventuellen Beschränkung des Verbotes der Lohnzession auf Kleinkredite oder äquivalente Geschäfte sollen jedoch, falls der Nationalrat beschliesst, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben, bei der materiellen Prüfung dieses Vorstosses zu klären sein:

M. **Stucky** présente au nom de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales le rapport écrit suivant:

1. La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales a étudié cette initiative parlementaire le 3 septembre. Elle a donné l'occasion à son auteur, qui ne fait pas partie de ses membres, de s'exprimer à son sujet (art. 21quinquies LRC).

L'auteur de l'initiative développe celle-ci comme il suit (résumé):

Au cours de la session d'hiver 1986, le Conseil des Etats a rejeté en vote final un projet de loi sur le crédit à la consommation. De ce fait, il a également rejeté, avec d'autres postulats importants à caractère social, l'interdiction de céder le salaire.

Mon initiative parlementaire a pour objet d'insérer cette interdiction dans la loi, par la révision des dispositions relatives du code des obligations. En l'occurrence, il s'agit avant tout d'interdire la cession du salaire dans les ventes à tempérament et les affaires portant sur de petits crédits. On sait à quelles difficultés peut mener l'obtention de petits crédits, qui souvent s'accumulent: Les intérêts élevés et les cessions de salaire font que bien des familles ou des personnes seules ne sont plus en état de subvenir à leurs besoins et doivent s'adresser à l'assistance sociale. Celle-ci est alors obligée d'assurer, au prix de lourds sacrifices financiers et d'un travail considérable, l'hébergement et l'entretien quotidien des intéressés et de veiller à l'assainissement de leurs dettes.

On constate régulièrement que les petits crédits sont souvent accordés à la légère, sans que l'on établisse si le débiteur est solvable. Pour cette raison, le Conseil fédéral et le Conseil national ont prévu une réglementation des petits crédits dans la loi sur le crédit à la consommation. Sous la pression des propositions faites, l'Association suisse des banques de crédit et établissements de financement a conclu une convention. Après l'échec du projet de loi sur le crédit à la consommation au Conseil des Etats, cette association a fait la déclaration suivante à la presse: «Les institutions suisses de crédit à la consommation considèrent la décision du Conseil des Etats comme un engagement à prendre conscience de leurs responsabilités particulièrement importantes, dues à leur profession, sur le plan socio-politique. Afin de réaliser les principaux postulats sociaux voulus initialement par le législateur, tous les instituts importants qui, en Suisse, proposent des crédits à la consommation, acceptent volontairement les restrictions suivantes fixées dans le cadre d'une convention de l'Association suisse des banquiers; l'application de ces principes est contrôlée et a, comme il est notoire, donné satisfaction depuis quelques années déjà: les instituts qui fournissent des crédits à la consommation renoncent à convenir de cession de salaires dans leurs contrats.

Ces instituts concluent uniquement des contrats établis selon certaines normes, compte tenu des intérêts de la protection des consommateurs, qu'ils informent de façon détaillée auparavant. Grâce à ces contrats, les emprunteurs sont notamment renseignés sur le coût du crédit en francs et en pourcentages annuels.

Les institutions s'engagent à restreindre leur publicité de la façon suivante:

– La publicité dans la presse ne doit pas être développée, la situation en 1980 étant déterminante. Les offices de révision prévus par la loi sur les banques veillent à ce que les budgets soient conformes à cette obligation.

– La fréquence de parution et la grandeur des annonces dans la presse quotidienne et dans les revues font l'objet d'une réglementation.

– Les instituts de crédit à la consommation renoncent à la publicité directe (lettres avec ou sans adresse, imprimés) auprès de personnes avec lesquelles elles ne sont pas en relations d'affaires.

– Ces instituts renoncent également à toute publicité à la télévision et à la radio.

L'activité de ces instituts étant axée sur la rentabilité, ils adoptent une politique tendant à réduire les risques autant que faire se peut. A cet effet, mais surtout en raison de leur mandat socio-politique, ils s'engagent à faire preuve de prudence lors de l'octroi de crédits, à procéder, tout en respectant la personnalité des emprunteurs, à des enquêtes détaillées sur la situation économique et personnelle de ceux-ci et à n'accéder aux demandes que dans la mesure où elles correspondent aux possibilités du consommateur.

Il convient de faire les remarques suivantes à ce sujet: A la fin de 1985, l'association précitée comprenait 32 instituts; entre-temps, 3 instituts l'ont quittée. Au Tessin par exemple, aucun établissement ne fait partie de cette organisation; dans d'autres parties du pays également, de nombreux établissements fournissant de petits crédits n'y ont pas adhéré. L'obtention de petits crédits avec cession de salaire se fait donc quotidiennement. Les emprunteurs qui n'ont pas obtenu un crédit ont donc la possibilité de s'adresser à un autre institut. D'ailleurs, il ressort des annonces paraissant dans de nombreux journaux, qu'actuellement encore, en dépit de la convention signée par l'Association suisse des banques de crédit et établissements de financement en 1981, des contrats portant sur de petits crédits continuent à être conclus moyennant des cessions de salaire.

Mon initiative a pour objet d'interdire la cession de salaire dans les contrats de petits crédits. Selon la réglementation actuelle de l'article 325 CO, la restriction qui prévoit qu'on ne peut valablement céder ni mettre en gage le salaire futur que dans la mesure où il est saisissable, ne s'applique pas aux obligations relevant du droit de la famille. L'examen de mon initiative quant au fond révélera s'il y a lieu de maintenir cette restriction – si la commission et la Chambre donnent suite à mon initiative.

La cession de salaire constitue aussi une discrimination des autres créanciers, car elle donne droit à une couverture à 100 pour cent.

L'interdiction de la cession du salaire a d'ailleurs été introduite dans la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants.

2. Au cours d'un débat général, la commission a décidé d'accepter en principe la présente initiative parlementaire. Elle considère cependant que le libellé est trop catégorique: notamment en ce qui concerne le 2^e alinéa de l'article 325 CO, qui a trait aux obligations relevant du droit de la famille, elle fait certaines réserves. A la suite d'un premier examen, elle tend à considérer que ces demandes, ainsi que la cession de salaire lors de l'octroi de petits crédits ou de la conclusion d'affaires analogues doivent toutefois, si le Conseil national décide de donner suite à l'initiative parlementaire, être clarifiées lors de l'examen de l'intervention quant au fond.

Antrag der Kommission

Die Petitions- und Gewährleistungskommission beantragt einstimmig, der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Eggli-Winterthour Folge zu geben.

Proposition de la commission

La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales propose à l'unanimité de donner suite à l'initiative parlementaire de M. Eggli-Winterthour.

Präsident: Ein anderer Antrag liegt nicht vor.

Sie haben zugestimmt.

Die Petitions- und Gewährleistungskommission wird den Büros noch beantragen müssen, ob eine Kommission einzusetzen oder ob diese Revision vom Bundesrat mit einer Motion verlangt werden sollte.

Zustimmung – Adhésion

Parlamentarische Initiative (Eggli-Winterthur) Artikel 325 OR. Aenderung

Initiative parlementaire (Eggli-Winterthour) Article 325 CO. Révision

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.240
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.10.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1459-1460
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 720

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.